

# Es ist alles „klar“ und „offensichtlich“

Zwei Linguisten der Universität Trier haben erstmals analysiert, welche Sprache in Verschwörungstheorien verwendet wird. Und wie bestimmte Wörter und Sprachbilder Stimmung machen. Intensiv untersucht haben David Römer und Sören Stumpf den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 und die Resonanz auf dem Internetportal Youtube.

VON WOLFGANG BLATZ

Ein moderner Klassiker unter den Verschwörungstheorien: die Gerüchte um die Mondlandung. In Wahrheit, so wird von Verschwörungstheoretikern ausgeführt, seien die Amerikaner in den Jahren 1969 bis 1972 gar nicht auf dem Himmelskörper gelandet. Ein weiterer Dauerbrenner: Am blauen Himmel zu sehende Kondensstreifen von Flugzeugen enthielten keinen Wasserdampf, sondern Chemikalien, mit denen auf die Bevölkerung eingewirkt werden sollte.

Eine historische Liste mit Verschwörungstheorien wäre so lang wie abstrus. Solche Gegenerzählungen sind beileibe keine Erfindung des Internet-Zeitalters. Ziemlich früh schon in der Menschheitsgeschichte wurde „anderen“ – vorzugsweise Minderheiten im eigenen Land oder feindlichen Nationen – vorgeworfen, irgendwelche krummen Dinge gedreht zu haben oder den Staat von innen heraus auszuhöhlen zu wollen.

Verschwörungstheorien sind gefährlich für eine Gesellschaft. Sie verunsichern.

So kursierte während der Pestepidemien im 14. Jahrhundert in vielen Ländern Europas die Mär, Juden hätten Brunnen vergiftet, um so die Christenheit zu vernichten. Etwa ein Jahrhundert später verfolgten fanatische Christen „Hexen“, die sie für Krankheiten, Unfälle und Naturkatastrophen verantwortlich machten. Wechselseitig schoben sich sodann Katholiken und Protestanten die geplante oder vollzogene Ermordung gekrönter Häupter in die Schuhe.

Manche der Verschwörungstheorien sind skurril, manche regen zum Schmunzeln an. Nicht wenige dieser Erzählungen aber, insbesondere wenn sie im zeitlichen Umfeld eines politischen Großereignisses, einer Katastrophe oder eines Terroranschlags kursieren, sind gefährlich. Gefährlich für eine Gesellschaft. Denn sie verunsichern Menschen, indem sie Tatsachen als unwahr erscheinen lassen oder weil sie Stimmung gegen bestimmte Gruppen machen.

Jede Verschwörungstheorie basiert auf Sprache – so wie jeder Entwurf von Wirklichkeit. Nur über Sprache – in schriftlicher oder mündlicher Form, aber auch über Bildersprache – kann der Mensch (seine) Realität „konstruieren“. Im wahrsten Sinne des Wortes. Zwei Sprachwissenschaftler an der Universität Trier, die Germanisten David Römer und Sören Stumpf, haben sich daher die Frage gestellt: „Wie werden Verschwörungstheorien sprachlich konstruiert und glaubwürdig gemacht?“

Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt von Verschwörungstheorien lassen sie dabei bewusst außen vor. Auch die Frage, ob heute vielleicht mehr Menschen als früher – wegen der Möglichkeiten und Verführungen des Internets – an Verschwörungstheorien glauben, können und wollen sie nicht beantworten. Sie sind eben Linguisten, Sprachwissenschaftler. Und als solche wollen sie wissen: Lassen sich bei der Darstellung von Verschwörungstheorien wiederkehrende Sprachmuster feststellen?



Die Trierer Sprachwissenschaftler Sören Stumpf (links) und David Römer an ihrem Arbeitsplatz. Auf den Bildschirmen zwei Ereignisse, über die es Verschwörungstheorien zuhauf gibt: der Terroranschlag am 11. September 2001 in New York und die Mondlandung der Amerikaner.

FOTO: RÖMER/FREI

„Wir suchen nach bestimmten Wörtern und Redewendungen, nach Metaphern (Sprachbildern)“, sagt David Römer. Außerdem interessiert sie, wie Verschwörungstheoretiker bestimmte Argumentationsmuster einsetzen, „um ihre Vorstellungen als die richtige Version der Wirklichkeit zu legitimieren“. Überrascht waren die beiden, dass bis dato zumindest im deutschsprachigen Raum keine systematische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Sprache und Verschwörungstheorien vorliegt.

Als Grundprinzip für Verschwörungstheorien haben die Trierer Linguisten ausgemacht: Erst werden bei einer allgemeinen anerkannten Version eines Ereignisses eventuelle Ungereimtheiten und Schwachstellen im Erklärungsmuster aufgedeckt, dann wird eine eigene Version des Geschehens nachgeschoben und auf eine bestimmte Art und Weise legitimiert. Intensiv untersucht haben David Römer und Sören Stumpf den Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz am

19. Dezember 2016. Bekanntlich steuerte der islamistische Terrorist Anis Amri einen Sattelschlepper in die Menschenmenge, elf Besucher starben am Tatort, 55 Besucher wurden teils lebensgefährlich verletzt. Der Tunesier Amri konnte entkommen, wurde dann aber am 23. Dezember bei einer Routinekontrolle in Italien von Polizisten erschossen.

Die Trierer Linguisten konzentrierten sich bei ihrer Analyse auf die Videoplattform Youtube, auf der Kurzfilme zum Thema zu sehen sind, in daran angehängten Kommentaren aber auch heftig über den Anschlag diskutiert wurde. Insgesamt haben die Wissenschaftler nach eigener Aussage 1800 Kommentare zu dem Anschlag ausgewertet.

Immer wieder, so David Römer, hätten solche Kommentaraufbauten darzulegen versucht, weshalb der Anschlag nicht so stattgefunden haben könne wie von der Polizei beschrieben. Im Extremfall hätten manche Verfasser gar zu belegen versucht, dass es überhaupt keinen Anschlag am Breitscheidplatz gegeben habe. Mit Argumenten wie: Warum sind bestimmte Betonklötze nicht beschädigt worden? Wie hätte der Sattelschlepper denn durch die enge Gasse kommen können? Dies sei physikalisch unmöglich.

Verweise auf angebliche naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten haben David Römer und Sören Stumpf bei ihrer Arbeit immer wieder entdeckt. Häufig im Zusammenhang mit dem menschengemachten Klimawandel. „Auch beim Klimawandel argumentieren die Zweifler häufig auf der Basis pseudowissenschaftlicher Fakten.“ Diese zu widerlegen, erfordere einen immensen Aufwand, basierend auf einem großen Wissen, sagt Römer. Der einzelne „Normalbürger“, der plötzlich mit solchen Aussagen konfrontiert werde, sei in den allermeisten Fällen überfordert.

Sprachbilder suggerieren, dass im Hintergrund andere (Mächte) die Fäden ziehen.

Was die Wortwahl bei Verschwörungstheorien betrifft, so haben die Trierer Experten festgestellt: Negativwörter wie „kein“ oder „nicht“ tauchen sehr häufig auf. Beliebte seien auch Metaphern, die aus dem Theaterbereich stammten – und die suggerieren sollen, dass im Hintergrund ganz andere (Mächte) die Fäden ziehen. Und dass das, was „auf der Bühne“ zu erblicken ist oder von der vorgeblichen „Lügenpresse“ beschrieben wird, nicht der Wahrheit entspreche.

Die Linguisten sprechen in diesem Zusammenhang von „Inszenierungs-Metaphern“: Beispiele sind „hinter die Kulissen blicken“, „Puppenspieler“ oder „Marionetten“.

Sehr beliebt bei Verschwörungstheoretikern, so haben Römer und Stumpf herausgefunden, seien auch Wortneubildungen, um die offizielle Darstellung zu diskreditieren. So tauchten im Zusammenhang mit dem Berliner Anschlag häufig die zentralen Begriffe „Terrorismus“, „Lkw-Anschlag“ und „Regierung“ auf. In den Kommentaren auf Youtube sei dann die Rede von „Regierungsterrorismus“ oder einem „Fake-Anschlag“.

Sobald sie Zweifel gesät haben, gehen Verschwörungstheoretiker meistens dazu über, ihre eigene Sicht der Dinge an den Mann oder die Frau zu bringen. „Es wird versucht, die eigene Version der Wirklichkeit mit Wörtern wie ‚sicher‘, ‚klar‘, ‚eindeutig‘ oder ‚offensichtlich‘ als plausibel erscheinen zu lassen“ – ganz im Gegensatz zur kritisierten offiziellen Version.

In nächster Zukunft wollen sich David Römer und Sören Stumpf mit der Sprache der „Reichsbürger“ beschäftigen. Denn Populisten und Verschwörungstheoretiker haben ihrer Meinung nach vieles gemeinsam. Ihre Sprache ist vordergründig eindeutig, alles ist entweder schwarz oder weiß.

## Binnenflüchtlinge: 2017 war ein Jahr des Schreckens

VON JAN DIRK HERBERMANN, GENÈVE

Die Anzahl der Binnenvertriebenen ist auf den höchsten Stand seit zehn Jahren gestiegen. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den das Zentrum für Binnenflucht in Genf heute vorstellen will.

Am Neujahrstag 2017 mussten mehr als 1000 Menschen vor heftigen Kämpfen in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus fliehen. Einen Tag später zwangen Gefechte 4000 Kinder, Frauen und Männer zum Verlassen der irakischen Großstadt Mosul, wo die Terrormiliz „Islamischer Staat“ herrschte. Die Massenvertriebenen in diesen beiden Bürgerkriegsländern waren der Auftakt für ein Jahr des Schreckens: Konflikte, Gewalt, Terrorismus und Unterdrückung entwurzelten 2017 rund 11,8 Millionen Menschen, sie suchten im eigenen Land Schutz.



In Mosul, Irak: Warten auf einen Platz im Flüchtlingscamp.

FOTO: DPA

„Das Ausmaß der Vertreibung ist niederschmetternd“, so Alexandra Bilak, Direktorin des Genfer Zentrums für Binnenflucht. Zumal der Trend eindeutig nach oben gehe. Das vergangene Jahr weist die höchste Anzahl neuer Binnenflüchtlinge vor Krieg und Verfolgung seit einem Jahrzehnt auf. Gegenüber 2016 hat sich die Anzahl verdoppelt. Die Brennpunkte der globalen Vertriebenenkrise befinden sich in fünf Ländern Afrikas südlich der Sahara mit insgesamt 5,5 Millionen neuen Binnenflüchtlingen sowie in vier arabischen Staaten mit fast 4,5 Millionen neuen Binnenflüchtlingen. Ganz oben auf der Liste rangiert Syrien mit mehr als 2,9 Millionen. Insgesamt teilen weltweit 40 Millionen Menschen dieses Schicksal. Viele Binnenflüchtlinge haben ihre angestammte Heimat seit Jahren nicht mehr gesehen.

Anders als die Binnenflüchtlinge stehen Flüchtlinge – laut Völkerrecht Frauen, Kinder und Männer, die vor Krieg oder Verfolgung aus ihrem Heimatland fliehen – unter dem Schutz der Genfer Konvention und fallen unter das Mandat des Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Für Binnenflüchtlinge hingegen gibt es keine UN-Organisation. Mehr und mehr springt aber das UNHCR ein. Seit 1998 gibt es UN-Richtlinien für Regierungen und humanitäre Organisationen über den Umgang mit Binnenflüchtlingen. Aber der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, und der UN-Nothilfekordinator Mark Lowcock ziehen eine ernüchternde Bilanz: „Nach zwei Jahrzehnten der Unterstützung für Binnenvertriebene haben wir keine Lösungen für die Mehrheit von ihnen gefunden.“

## „Wir müssen die Einheit Europas vollenden“

INTERVIEW: EU-Kommissar Johannes Hahn über die Vorteile einer Integration der Westbalkanstaaten in die Europäische Union

Vor dem EU-Westbalkan-Gipfel in Sofia fordert EU-Kommissar Johannes Hahn eine klare Beitrittsperspektive für sechs Länder auf dem Balkan. Die verbreitete Skepsis gegenüber einer neuen Erweiterungsrunde versucht der Österreicher zu entkräften. Mit Hahn sprach unser Korrespondent Christopher Ziedler.

Herr Hahn, die Balkankriege haben in den 90er Jahren die Schlagzeilen beherrscht, seither taucht die Region nur selten in unseren Nachrichten auf. Warum soll sich das ändern? Zuerst einmal ist es eine gute Sache, dass der Balkan nicht mehr aus den von Ihnen genannten Gründen im Fokus steht. Aber es ist eben längst nicht alles gut dort, weshalb wir unser Engagement verstärken und eine echte europäische Perspektive bieten müssen, damit die Befriedung nachhaltig ist. Die EU hat die Wahl: Entweder wir exportieren Stabilität oder wir importieren Instabilität.

In Sofia soll nun Albanien, Bosnien-Herzegowina, das Kosovo, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien eine Zukunft in der EU aufgezeigt werden. Produzieren Sie da nicht Hoffnungen, die jäh zerstört werden könnten? Bei diesem ersten Westbalkan-Gipfel seit 15 Jahren steht tatsächlich unsere eigene Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Der Region wird seit langem ei-

ne europäische Zukunft in Aussicht gestellt, verwirklicht wurde sie jedoch höchstens zum Teil. Es ist aber eine moralische Verpflichtung unsererseits, die Einheit Europas zu vollenden. Ich verweise auf das Willy-Brandt-Zitat, wonach jetzt zusammenwächst, was zusammengehört – und das ist bei all diesen europäischen Ländern, die schon heute nur von EU-Staaten umgeben sind, eindeutig der Fall. Aber natürlich müssen die Länder selbst die europäische Perspektive Realität werden lassen, indem sie alle Bedingungen erfüllen und Reformen in den von uns besonders hervorgehobenen Bereichen – insbesondere Rechtsstaatlichkeit, Kampf gegen organisierte Kriminalität, gutnachbarschaftliche Beziehungen – umsetzen. Der Beitrittsprozess beruht auf Konditionalität und die Beitrittsoption wird auf Basis des Verdienstes jedes einzelnen Landes bewertet.

Vieles davon ist nicht neu, warum jetzt die neue Erweiterungsinitiative?

Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen zeigen, dass wir Europäer viel stärker eine eigenständige Rolle zu spielen haben. Und ein Europa, das im Innern seine Bürger schützt und nach außen ein wichtiger Faktor in der Weltpolitik ist, muss politisch geeint sein und die Angelegenheiten vor der eigenen Haustür regeln können. Noch in den 90er Jahren haben sich andere, insbesondere die Amerikaner

um den Balkan gekümmert, weil Europa dazu nicht in der Lage war. Das hat sich mittlerweile grundlegend geändert. Nun sollten wir noch einen Schritt weitergehen.

Ihre geostrategischen Überlegungen treffen auf riesige Skepsis gegenüber einer neuerlichen EU-Erweiterung. Nicht zuletzt in der CDU/CSU-Fraktion gibt es viele Stimmen, die Beitrittsgespräche mit Albanien und Mazedonien als verfrüht ablehnen.

Ich kann die Skepsis nachvollziehen, aber ich sage ja auch nicht, dass Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bereits heute beitragsfähig sind. Die dafür notwendigen Reformen lassen sich aber am besten während des Beitrittsprozesses erreichen – dann ist unser politischer Hebel mit Abstand am größten. Nehmen wir das Beispiel Korruption. Von der Gesetzeslage her haben alle sechs Westbalkanländer eine Rechtslage, die unserer vergleichbar ist. Wir achten aber in Beitrittsgesprächen sehr genau darauf, dass die Gesetze auch angewandt, Korruptionsfälle wirklich vor Gericht gebracht und die großen Fische nicht verschont werden. Ohne Fortschritte in diese Richtung können wir Verhandlungen unterbrechen. Wir können den noch nicht genügenden Zustand der Rechtssysteme in Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien also nur überwinden,



„Die EU hat die Wahl: Entweder wir exportieren Stabilität oder wir importieren Instabilität“, sagt Johannes Hahn, der für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen zuständige EU-Kommissar.

FOTO: DPA

wenn wir in Beitrittsgesprächen steuern.

Unterstützt die Bundesregierung Ihren Erweiterungskurs?

Deutschland spielt eine wichtige Rolle in diesem Prozess. Die Bundesregierung mit der Kanzlerin an der Spitze ist eine engagierte Verfechterin einer europäischen Entwicklungsperspektive für den Westbalkan. Nicht zuletzt



die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit geht auf den sogenannten Berlin-Prozess zurück. Aber die Bundesregierung braucht dafür natürlich die parlamentarische Unterstützung, für die ich gerade wieder im Bundestag geworben habe. Vom Europäischen Rat im Juni erwarte ich mir dann, dass wir als EU-Kommission den Auftrag bekommen, die Verhandlungen mit Albanien und der

ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien vorzubereiten.

Auch eine Mehrheit im Bundestag ist kein Garant dafür, dass eine neue EU-Erweiterung die Europaskepsis in der Bevölkerung nicht weiter anfährt.

Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass eine EU-Erweiterung bei unseren Bürgern derzeit große Euphorie auslösen würde – wir haben diesbezüglich eine völlig andere Situation als Anfang der Nullerjahre. Deshalb müssen wir aufklären und erklären, warum es diese Beitritte geben sollte.

Gerne!

Die langfristige Stabilisierung des Balkan ist im ureigensten Interesse aller Europäer – sicherheitspolitisch, sozial und wirtschaftlich. Große Armut kann zu neuen Wanderungsbewegungen innerhalb Europas führen, umgekehrt würde ein wirtschaftlicher Aufschwung in der Region sie zu einem noch interessanteren Markt machen – dabei hat sich der Handel mit der EU in den vergangenen zehn Jahren bereits auf 46 Milliarden Euro verdoppelt. Als ich kürzlich im Schwarzwald Unternehmen besucht habe, wurde mir auch von Aktivitäten in Südosteuropa berichtet. Wenn sie direkt in der Nachbarschaft wachsen wollen, ist der Balkan eine der ersten Adressen. Das schafft und sichert Arbeitsplätze zuhause und trägt zur Absicherung des eigenen Wohlstands bei. jzh